

## **Die Wiederkehr der Lager im Kontext der Europäischen Immigrationskontrolle – oder: Wohin mit den „Weltüberflüssigen“?**

Drei kurze thematisch-inhaltliche Vorbemerkungen, die auch meinen Vortragstitel einsichtig machen mögen

1. Die Errichtung von Lagern dient keinem politischen Selbstzweck. Lager, das Wort ist heute, ebenso wie der Begriff der "Deportation", in vielen Medien wieder gebräuchlich. Lager sind ein Element des europäischen Migrationsregimes. Als Migrationsregime bezeichne ich das Ensemble der Institutionen, politische Strukturen und Verfahren, mit denen die Mobilität von Menschen gesteuert, kontrolliert und unterbunden werden soll. Das reicht bspw. von den europäischen Gesetzgebungsverfahren über die Europäische Grenzschutzagentur "Frontex" und ihren Mitarbeitern bis zu den finanzklammen Forschungszentren und Nichtregierungsorganisationen (beispielhaft IOM), die im Dienst der EU die Migrationsrouten ausforschen und das Herrschaftswissen über Migrationsbewegungen ansammeln. Insofern hat der Begriff auch eine soziale Dimension, da es immer um Menschen geht, die miteinander oder gegeneinander agieren.

Lager sind lediglich der materielle Ausdruck einer politischen Strategie, nämlich die unerwünschte Migration der Weltarmut, die nach Europa aufbricht, zu kontrollieren, auszusondern und abzuwehren. Lager erfüllen immer bestimmte Funktionen in den Migrationspolitiken: als Auffanglager, als Abschiebelager, als Internierungslager oder als funktionsoffenes, todbringendes Wüstenlager. In der Sprache der EU-Technokraten und Politiker heißen sie wohlklingend "Zentren" und "Schutzzonen". Um diese politische Strategie umsetzen zu können, werden gegenwärtig in der EU und in den einzelnen Mitgliedsstaaten die rechtlichen Grundlagen diskutiert und erarbeitet sowie Abkommen mit den Transit- und Herkunftsstaaten der transnationalen Migration geschlossen. Das politische Programm, das sich dahinter verbirgt, lässt sich kurz als Steuerung der erwünschten Arbeitsmigration und Ausschluss der unerwünschten Armutsmigration bezeichnen, ganz entsprechend dem dt. "Einwanderungsgesetz". In diesem politisch-strategischen Kontext bilden die Lager in ihren verschiedenen Funktionen ein entscheidendes Element.

2. Wenn wir also über "Lager" diesseits und jenseits der "Grenzen Europas" nachdenken, kann das nicht losgelöst von der europäischen Migrationspolitik als politischer Gesamtkomplex geschehen, mit der - unter dem Begriff des "Flüchtlingsschutzes" - gerechtfertigt wird, wieder Lager zu errichten und zu betreiben. Die aktuellen Lagerpläne am Südrand Europas sind in der europäischen Migrationspolitik eingebettet. Die Wiederkehr der Lager, mit der spezifische Entrechtung und Erniedrigung von Menschen verbunden ist, sollte uns schrecken. Die Lagerverbringung von Menschen und der damit einhergehende unterschiedlich weitreichende rechtliche Ausnahmezustand, in den die Lagerinsassen versetzt werden – wir haben das seitens des *Komitee für Grundrechte und Demokratie* am Abschiebe- und Rückführungslager Bramsche Hesepe exemplarisch untersucht -, machen deutlich, dass wir uns politisch und ethisch auf einer gefährlichen Gleitfläche (slipery slope) befinden. Diese ist mit der gewöhnlichen, seit Jahrzehnten betriebenen ausländer- und

asylrechtlichen Stigmatisierung und der rassistischen Ausgrenzung der Migrantinn/en betreten worden. Inzwischen droht diese Politik ins Bodenlose zu fallen - hier sei nur an den us-amerikanischen Folter- und Haftzentrenarchipel erinnert, der mit bundesdeutscher Beihilfe und Kenntnis betrieben wird. Eingedenk der deutschen Geschichte und der europäischen Kolonialgeschichte, sollten wir uns über die neueren Entwicklungen in der europäischen Migrationspolitik informieren und gemeinsam über politische Handlungsmöglichkeiten nachdenken.

3. Ich möchte in meinem ersten Teil (A) auf die Ereignisse an den Grenzen zu Ceuta und Melilla und ihre aktuellen tödlichen Folgen vor den Kanarischen Inseln eingehen und die Frage nach der gegenwärtigen Bedeutung der Grenzen aufwerfen; im zweiten Teil (B) möchte ich die politischen Visionen exterritorialer EU-Lager in Nordafrika skizzieren, wie sie in den zurückliegenden Jahren politisch geäußert und umgesetzt wurden; und abschließend (C) den politischen Kontext der europäischen Lagervisionen anleuchten und ein paar Fragen/Thesen zur Diskussion stellen.

#### **A.**

#### **Aufbegehren gegen ein Kontinuum der Rechtlosigkeit – oder: die Gewalt der Grenzen**

Bereits Ende August (!) letzten Jahres (2005) versuchten Migrantinn/en kollektiv die meterhohen Zäune von Ceuta und Melilla zu überwinden. Seit dem sind bei den nachfolgenden Erstürmungen im September und Oktober an den Grenzen der beiden spanischen Exkalven bis heute offiziell wenigstens 16 Menschen zu Tode gekommen: sie wurden erschossen, erschlagen oder erlagen ihren Verletzungen, die von den Gummigeschossen der Guardia Civil (urbane Aufstandsbewaffnung) herrührten oder die sie sich bei der Überwindung der messerscharfen Grenzzäune zugezogen hatten. Hunderte wurden verletzt.

Die spanischen Exkalven Ceuta und Melilla in Marokko, in denen u.a. vor wenigen Jahren große Auffanglager eingerichtet wurden, sind koloniale Überbleibsel auf dem afrikanischen Kontinent und bilden heute die geostrategische Brückenköpfe der EU nach Afrika.

Bettina Rühl hat für den WDR eine Sendung mit dem Titel "Ein Mal Europa und zurück" produziert und einige der Abgeschobenen von Ceuta und Melilla in Mali aufgesucht. Ich zitiere aus ihrem Manuskript einen der Flüchtlinge, Mohammed Sissoko, der in Melilla versuchte die Grenze zu überwinden : "Als wir in die Nähe des Zauns kamen, hörten wir schon Gewehrschüsse. Uns kamen Leute entgegengegrannt und schrieen uns zu, dass die Marokaner und die Spanier auf uns schießen – das hätten sie mit eigenen Augen gesehen. Wir gingen trotzdem weiter, denn wir waren entschlossen, nach Spanien zu kommen – oder zu sterben. Als wir am Zaun waren sah ich selbst, wie auf die Leute geschossen wurde. Einige wurden getroffen, als sie auf dem Zaun waren, und stürzten kopfüber in die Tiefe. Als ich an der Reihe war und meinen Fuß auf die Leiter stellte, traf mich eine Kugel ins Bein, aber ich kletterte weiter. Diejenigen, die es geschafft hatten, wurden von der Guardia Civil zu einer Gruppe zusammengetrieben. Dann holten sie die Toten und Verletzten. Wir sahen, wie sie die Leichen in Kisten packten, um sie wegzuschaffen. Nur sechs Leichen ließen sie liegen. Den Journalisten erzählten sie später, dass sechs Menschen gestorben seien. Obwohl es doch viel mehr waren."

Offiziell heißt es, es seien in jener Nacht in Melilla (29. September 2005) sechs Menschen zu Tode gekommen.

Nach Angaben von Flüchtlingen und marokkanischer Bürgerrechtsgruppen sollen bei den anschließenden gewaltsamen Deportationen weitere Migrantinn/en ihren Verletzungen erlegen sein. Die erschöpften und verletzten Flüchtlinge wurden mit Handschellen aneinander gefesselt und in Reisebusse getrieben. Die Deportationsbusse fuhren in Richtung Oujda an die algerische Grenze und von dort 600 Km weiter in die marokkanisch-algerische Wüste. Andere verbrachte man an die Südgrenze Marokkos in die Westsahara. Nach verschiedenen Berichten sollen die Flüchtlinge auf diesen stundenlangen Transporten weder Nahrung noch Wasser erhalten haben.

Hilfsorganisationen sprachen von annähernd 1.500 deportierten Flüchtlingen vor allem aus den Ländern der Sahelzone, die in der Sahara ausgesetzt worden seien. Ohne die Hilfe von Wüstenbewohnern, die den herumirrenden Migrantinn/en ihre Jahresrationen an Nahrungsmitteln überließen, und ohne den Protest der marokkanischen Sektion von "Ärzte ohne Grenzen" und anderen Hilfsorganisationen wären wohl die Mehrzahl der Deportierten in der Wüste umgekommen. Nach Berichten marokkanischer Selbsthilfeorganisationen und zurückgekehrter Flüchtlinge sollen viele Menschen den Treck in die Wüste nicht überlebt haben. Offiziell aber heißt es: es habe keine Todesfälle gegeben.

Aufgrund internationalen Protestes mussten die Migrantinn/en wieder aus den Wüstenregionen eingesammelt werden.

Inzwischen sind die meisten illegalen Migrantinn/en, über 3.000, die verzweifelt gegen die Europäischen Grenzen von Ceuta und Melilla aufbegehrten, nach gewaltsamen Razzien im ganzen Land in ihre vermeintlichen Herkunftsländer abgeschoben. Amnesty International hat inzwischen einen ausführlichen Bericht über die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen, die mit der brutalen Abwehr und der Abschiebung der Flüchtlinge einhergingen, angefertigt.

Ich zitiere noch einmal aus dem WDR-Bericht von Bettina Rühl, die Gaoussou Samake interviewt hat, der als Zivilschutzbeamter die Überlebenden in Mali am Flughafen von Bamako in Empfang genommen hat: "Viel hatten Schussverletzungen von Gummigeschossen, mit denen die Grenzbeamten sie vom Zaun vertreiben wollten. Die Kugeln steckten bei einigen noch immer im Oberschenkel oder in anderen Körperteilen, als sie hier ankamen. Sieben Abgeschobene hatten ein gebrochenes Bein, sechs hatten ein Auge verloren, zwei ein Ohr. Bei zwei weiteren ist der Unterkiefer völlig zerfetzt. ... Ich verstehe, dass die Leute abgeschoben werden, aber sie waren derart zugerichtet, dass man meinen konnte, es handele sich um eine Gruppe von Kriegsversehrten. Wahrscheinlich kann man das so sagen: Sie sind Opfer eines Krieges."

Etwa 1 ½ Wochen hat sich die Weltöffentlichkeit mit den "neuen Verdammten dieser Erde" beschäftigt. Danach ging sie wieder zur Tagesordnung über.

Nicht so die europäische politische Klasse. Ohne Bedauern über die Opfer an den europäischen Grenzanlagen zu äußern, forderte der bayerische Innenminister, Auffanglager in Nordafrika zu errichten. Sein Kollege, der ehemalige Bundesinnenminister Schily, schlug

empathielos und in neokolonialer Manier vor, für einige Länder der Sahelzone Patenschaften zu übernehmen, um die Migrationsursachen an der Wurzel bekämpfen zu können. Er griff dabei auf die Diskussionen um neokoloniale Treuhandkonzepte auf, wie sie in der entwicklungspolitischen Debatte kursieren (siehe u.a. Ulrich Menzel). Der damalige Minister für humanitäre Interventionen, Struck, empfahl der Armeeführung anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Bundeswehr vor dem Hintergrund der tragischen Ereignisse in Ceuta und Melilla, deutsche und europäische Interessen genauer zu definieren: Massenfluchten könnten für die Stabilität Europas relevant werden. In Afrika sei deshalb künftig ein stärkeres militärisches Engagement erforderlich, "um auseinanderfallende Staaten zu stabilisieren und Massenfluchten zu verhindern".

Struck wirbt vor den militärischen und politischen Eliten dieses Landes, die sich zur Feier der "Friedensarmee" zusammengefunden haben, für ein bewaffnet militärisches Eingreifen bei "Massenfluchten". Gehört die Bekämpfung von Migrationsbewegungen jetzt schon zum Auftrag der Bundeswehr? Wie selbstverständlich werden in diesen offiziellen Statements sogenannte illegale Immigrantinn/en zu bedrohlichen Feinden erklärt.

Die spanische Regierung entsendete tausend Soldaten zur Sicherung der Exklavengrenzen. Zwischen dem ersten und dem zweiten Sperrzaun liegen jetzt Rollen messerscharfen Natodrahts, damit mögliche herunterspringende Flüchtlinge nicht "ungeschoren" den nächsten Zaun erklimmen können. Die EU eiste 40 Mio Euro für die marokkanische Regierung los, um einen zusätzlichen Sperrwall bauen und die marokkanischen Grenzschutztruppen ausbilden zu lassen. Die spanische Regierung reaktivierte eine Rücknahmeabkommen mit dem marokkanischen Staat und verfrachtete umgehend 70 Migrantinnen aus Ceuta und Melilla zurück nach Marokko (auf dem Umweg über das spanische Festland). In den Tagen, als die schwarzafrikanischen und Migrantinn/en nach Ceuta und Mellia zu gelangen versuchten, wurden die meisten durch Tore in den Stacheldrahtbewehrten Zäunen auf marokkanisches Gebiet zurückgeschoben und den marokkanischen Polizisten ausgeliefert.

Kurz, nachdem der Aufstand der illegalen Migrantinn/en erfolgreich niedergeschlagen worden war, besuchte eine Europäische Technische Mission vom 7. bis zum 11. Oktober 2005 Ceuta und Melilla. Deren Report liegt inzwischen vor: Diese Gruppe aus Migrationsexperten und Polizeibeamten wollte nicht die Vorfälle an den Grenzen untersuchen, sondern sich ein Bild über Umfang und Charakteristik der illegalen Migration von Afrika über Marokko nach Europa machen; sie wollte ein Lagebild über die Situation an der Nordgrenze Marokkos erstellen, insbesondere über den aktuellen Stand der illegalen Migrationskanäle. Sie wollten hören, welche Vorstellungen die spanischen und marokkanischen Behörden entwickelt haben, um die Zusammenarbeit Marokkos mit der EU zu intensivieren und um die illegale Migration einzudämmen.

Lt. Europäischem Pressedienst zeigt sich EU-Kommissar Frattini nach den Ereignissen entschlossen, "eine europäische Lösung für das Problem der illegalen Einwanderung zu finden". Folgende Maßnahmen sollen vorbereitet werden: u.a. Notfallhilfen für Mitgliedstaaten, die von illegaler Einwanderung besonders betroffen sind; eine Zusammenarbeit insbesondere mit Marokko, Libyen und Algerien bezüglich Rücknahmeabkommen und Maßnahmen zur Unterstützung ihrer Migrations- und Kontrollstrategien im Rahmen "regionaler Schutzprogramme" (dazu siehe unten); Schaffung

einer Spezialeinheit (task force) Einwanderung, die sich aus Vertretern europäischer und nordafrikanischer Mittelmeerländer zusammensetzen und die mit der EU-Kommission, EUROPOL und FRONTEX zusammenarbeiten soll.

Nach den Vorfällen an den Europäischen Außengrenzen setzte eine hektische Diplomatie ein. Auf zahlreichen Konferenzen und Treffen zwischen der EU und den Maghrebstaaten stand das Thema "illegale Einwanderung" ganz oben auf der Agenda.

Was hat diesen Sturm auf die spanischen Exklaven mglw. ausgelöst. Einige Vermutungen unsererseits: erstens, seit dem Sommer wandten die Migrantinn/en eine neue Strategie an, um die mit Bewegungsmeldern, Infrarotkameras und Wachtürmen ausgestatteten Grenzen und die Grenzpatrouillen zu überwinden: Sie hatten sich in großen Gruppen bis zu Hunderten organisiert, um die Chancen zu erhöhen, dass zumindest Einzelne durchkommen. Der Versuch von Kleingruppen und Einzelnen scheiterte allzu oft. Diese Strategie hatte anfangs Erfolg: Hunderte schafften es nach Ceuta und Melilla vorzudringen. Zweitens, möglicherweise hat die kurz zuvor begonnene Erhöhung des zweiten Zauns auf 6 Meter Panikreaktionen der verzweifelt auf eine Gelegenheit wartenden Flüchtlinge ausgelöst, einiges spricht dafür. Die Route über die Meerenge von Gibraltar nach Spanien (14 – 40 Km) ist immer gefährlicher geworden, seit SIVE (Integrierte System zu Kontrolle der spanischen Seegrenzen) installiert worden ist. Dieses Abwehrsystem besteht aus mobilen und festen Radarstationen und einer großen Patrouillenflotte, um Migrantinn/en auf See abzufangen, noch bevor sie das spanische Festland erreichen; drittens, seit dem Sommer hatten brutale Razzien marokkanischer Polizeieinheiten in den Wäldern rund um die Exklaven, in denen die Flüchtlinge unter erbärmlichen Bedingungen in selbstorganisierten Camps lebten, zugenommen. Die Flüchtlinge wurden immer wieder vertrieben, ausgeraubt, geschlagen, inhaftiert und an die marokkanisch-algerische Grenze deportiert. Der portugiesische Journalist Paulo Moura, der einige dieser Camps im Wald von Missnana in der Nähe Tangers aufgesucht hatte, berichtete, dass bei solchen Razzien der marokkanischen Polizei immer wieder Migrantinn/en getötet worden seien.

Die marokkanische Regierung reagierte damit auf die europäischen Vorwürfe, zu lax mit der illegalen Immigration umzugehen; viertens, nachdem Migrantinn/en in der Nacht vom 28. auf den 29. September in Melilla zusammengeschossen wurden, fand am Tag darauf in Rabat ein spanisch-marokkanisches Treffen zu Migrationsfragen statt. Flüchtlinge berichteten, dass sie geradezu von Polizeieinheiten in die Zäune getrieben worden seien. Möglicherweise war der "Ansturm auf die Grenzen" im Interesse des marokkanischen Staates provoziert worden. Jedenfalls kamen die Ereignisse der marokkanischen Regierung nicht ungelegen!

Die Tragödie an den europäischen Außenposten in Ceuta und Melilla setzte sich in den letzten Wochen vor den Kanarischen Inseln in einem Massensterben fort. Die marokkanische Regierung ist auf Druck der EU massiv gegen "illegale Migrantinn/en" vorgegangen. Diejenigen, die aufgegriffen wurden, wurden umgehend deportiert. Ihre provisorischen Camps wurden zerstört, sowie die Grenzüberwachung massiv verstärkt. Die Illegalen müssen sich verstecken, sie können keinen Jobs nachgehen, um sich das Geld für eine Passage über das Mittelmeer zu verdienen. Marokko ist auf dem Weg nach Europa für viele zur Endstation geworden. Deshalb haben seit Ende letzten Jahres viele Migrantinn/en die Route über Mauretanien zu den Kanarischen Inseln eingeschlagen. Von der Hafenstadt Nouadhibou versuchen sie mit kleinen Fischerbooten die rund 900 Km zu den Kanarischen

Inseln zurückzulegen. Seit Dezember letzten Jahres ist den spanischen Behörden bekannt, dass 2.000 – 2.500 Migrantinn/en von der mauretanischen Küste aus mit Cayoucos (Fischerboote mit Außenbordmotor) in See gestochen waren, um die kanarischen Inseln zu erreichen. Nur 800 – 900 seien angekommen, heißt es in einem Bericht der Guardia Civil mit dem Titel “Massives Sterben von Einwanderern”. In den ersten drei Monaten dieses Jahres sollen nach Schätzungen des mauretanischen Roten Halbmondes und des spanischen Roten Kreuzes über tausend Menschen ertrunken sein. Von über 80 Ertrunkenen war in der bundesdeutschen Presse berichtet worden. Seit Anfang des Jahres seien etwa 2.500 illegale Einwanderer auf den Kanarischen Inseln angekommen. Die verschiedenen Auffanglager (Centro de Internamiento de Extranjeros) auf den Inseln seien überfüllt (ausgelegt für etwa 1.600 bis 2.000 Personen) und Notquartiere errichtet worden. Die spanischen Migrationsbehörden schätzen, dass etwa 20. – 30.000 Migrantinn/en in Mauretanien auf eine Gelegenheit warten, nach Europa zu gelangen.

Die spanische Regierung reagierte schnell: Sie reaktivierte ein Rücknahmeabkommen mit den mauretanischen Behörden, das festlegt, dass illegale Immigrantinn/en aus dem Senegal und aus Mali “repatriert”, also zurücküberstellt werden können. 170 illegale Immigrantinn/en wurden umgehend nach Mauretanien verbracht. In der Hafenstadt Nouadhibou warten sie mit etwa 2.000 weiteren Migrantinnen in zwei großen Haftzentren auf die Rückführung in ihre Herkunftsstaaten. Die spanische Regierung lässt inzwischen in Nouadhibou von Marineingenieuren ein großes Auffanglager errichten. Sie unterstützt die Ausbildung mauretanischer Grenzschrützer, baut Überwachungsposten, gibt finanzielle und logistische Unterstützung und stellt der mauretanischen Marine vier Patrouillenboote zur Verfügung - auf Kosten des Haushalts der entwicklungs-politischen Zusammenarbeit. Inzwischen patrouilliert die spanische Kriegsmarine mit mehreren Schiffen zwischen Mauretanien und den Canaren.

Ich denke, wir können aus diesen tragischen Vorfällen einiges über die Funktion der Grenzen, über die Gewalt der Grenzen im Zusammenhang mit “der Globalisierung”, oder anders ausgedrückt, mit der intensivierten Internationalisierung der Produktion und der Finanzmärkte, der kapitalistischen Neuordnung globaler Ausbeutung lernen. Während für die Waren-, Finanz- und Touristenströme, für die globalen Dienstleistungen, Managerklassen und das moderne High-Tech-Proletariat die Welt grenzenlos geworden ist, werden gegenüber den Weltarmen immer neue Grenzen gezogen, die sie daran hindern sollen, in die Wohlstandsmetropolen vorzudringen. Man könnte auch formulieren, der Pass eines kapital- und militärmächtigen Staates verschafft erst das Recht auf Bewegungsfreiheit, der eines schwachen nur in Ausnahmefällen, jedenfalls nicht für die gewöhnlichen Massen. Diese Grenzen gegen die Weltarmut müssen nicht identisch sein mit den überkommenen territorialen Grenzen des Nationalstaates. Diese nationalstaatlichen Grenzen dienen vor allem dazu, die räumliche Staffelung der inkludierten globalisierungskompatiblen Weltzonen und die exkludierten inkompatiblen Weltregionen aufrecht zu erhalten. Das seien zukünftig die “imperialen Barbarengrenzen”, an denen der Krieg endemische werde in Form von Pzifizierungskriegen aus den Zentren und in Form von Verwüstungskriegen aus der Peripherie in die Zentren hinein, wie Herfried Münckler vermutet. Die Grenzen gegen die Weltarmut verlaufen zudem diffus. Sie werden weit im Vorfeld an den Visa-Schaltern der Botschaften und Konsulate errichtet, in denen Visa mit biometrischen Merkmalen zur Identifizierung erteilt oder den wenig Begüterten vorwiegend verweigert werden; die Grenzen ereignen sich in unzähligen Razzien und Kontrollen auf den Transitrouten der Migrationsbewegungen; diese Grenzen bestehen an den Kontrollen in den Flug- und

Fährhäfen; kurz: überall dort, wo Mobilität gezielt behindert oder unterbunden werden soll. (Selbst die politisch gesetzten Flüchtlingsdefinitionen konstituieren Grenzen des Rechts auf Bewegungsfreiheit!)

Der Ausschluss von der Grenzenlosigkeit kapitalgetriebener Globalisierung wird auch von den einschließenden Lagergrenzen markiert. So können auf nicht wenigen internationalen Flughäfen die Touristen ihre Reisefreiheit genießen, während nur wenige Meter entfernt illegale Einwanderer in Haftzentren einsitzen und auf ihre Abschiebung warten.

Man könnte sagen, eine Aufgabe des europäischen Migrations- und Grenzregimes besteht darin, das Eindringen aus den Zonen der Armut, Gewalt und Perspektivlosigkeit in die Zonen des Reichtums zu verhindern, in die die gewaltsame Globalisierung die Welt fragmentiert hat.

Von den Ereignissen in Ceuta und Melilla, der gewaltsamen Niederschlagung des Versuchs tausender Migrantinn/en auf das EU-Territorium zu gelangen, kann eine Brücke zu den Unruhen und Aufständen in den Banlieues von Paris vom November 2005 geschlagen werden. Auch dort, wo in den Metropolen die soziale Frage in Trabantenghettos territorialisiert wurde und sie sich vor allem auf die Nachfahren maghrebinischer und afrikanischer Einwanderer erstreckt, existieren jene Grenzen zwischen den Zonen der Armut und Zukunftslosigkeit und denen des Wohlstands. Es sind die Grenzen eines globalen sozialen Apartheidsystems, gegen die sich der Unmut in Paris entlud. Die Rechtlosigkeit derer, die vergeblich versuchten, nach Europa zu gelangen, setzt sich in der sozialen Entrechtung der Beurs, der Jugendlichen arabischer Herkunft, fort. Die überflüssigen Weltarmen werden auf einen Archipel der Rechtlosigkeit und Zukunftslosigkeit verbannt.

## **B**

### **They are warehoused! Das Lageruniversum**

Das "US Committee for refugees and immigrants" stellt in seinem statement "calling for solutions to end the warehousing of refugees" fest, dass weltweit von den annähernd 12 Millionen "politischen Flüchtlingen" gegenwärtig mehr als 7 Millionen ihr Leben in Lagern verbringen müssen: they are warehoused, wie es dort heißt. Sie sind lagerverbracht, könnte man übersetzen. Ich führe diese aktuelle von mehr als 200 NGOs getragene Erklärung des US-Committees an, um deutlich zu machen, dass nicht nur die Weltarmut in Lagern verschwindet, sondern auch politische Flüchtlinge. Diese Entwicklung markiert einen Trend, dem alle Migrantinn/en unterworfen sind, gleich, aus welchen Gründen sie ihre Herkunftsregionen verlassen haben.

Die gewöhnliche Unterscheidung zwischen Armutsflüchtlingen einerseits und politischen Flüchtlingen andererseits wird angesichts der verheerenden Folgen der "Globalisierung" den tatsächlichen migrantischen Realitäten schon lange nicht mehr gerecht: Armut ist immer politisch. Sie wird politisch gewaltsam hergestellt und aufrecht erhalten.

Nun aber zu den Europäischen Lagern jenseits und diesseits der Grensräume.

Ein kurzer Rückblick:

In Australien wurde die pazifische Lösung, das outsourcen des Flüchtlingsschutzes, im Jahr 2001 mit der Landung des norwegischen Frachters MS Tampa, der Hunderte Asylsuchende

an Bord hatte, geschaffen. Die australische Regierung handelte mit Papua Neuguines und Nauru die Übernahme der Flüchtlinge aus. Dort wurden sie in Lager eingesperrt und von Wachleuten internationaler Sicherheitsunternehmen bewacht. Die britische Regierung griff die Auslagerung des Flüchtlingsschutz mit einer Initiative im Jahr 2003 unter dem Titel "A New Vision for Refugees" auf. Sie bestand aus einer Kombination aus Regionalen Schutzzonen (Regional Protection Areas) und Transitlagern (Transit Processing Centres), in denen Asylverfahren durchgeführt werden sollten. Die Regionalen Schutzzonen sollten für Schutz in den Ursprungsregionen der Migration sorgen und eine Weiterwanderung verhindern. Die Transitlager sollten außerhalb der EU installiert werden, in die Migrantinn/en auf dem Weg nach Europa festgesetzt werden sollten.

Am 12. Juli 2004 lief das deutsche Schiff Cap Anamur der gleichnamigen humanitären Hilfsorganisation in den sizilianischen Hafen Porto Empedocle ein. Die Crew hatte Tage zuvor 37 schiffbrüchige Flüchtlinge aus Seenot gerettet. Man könnte sagen: die deutsche Tampa.

Der Landung des Schiffes war ein tagelanges politisches Gezerre der deutschen und italienischen Innenbehörden vorausgegangen, wie mit der bislang beispiellosen öffentlichen Rettungsaktion umgegangen werden sollte. Denn die Rettungsaktion der Cap Anamur rückte für einen kurzen Augenblick den Überlebenskampf tausender Migrantinn/en in den Mittelpunkt der Medienaufmerksamkeit. Die Öffentlichkeit kam nicht umhin, des Sterbens unzähliger Flüchtlinge gewahr zu werden, die ihr Leben auf der Suche nach einem besseren verloren. Das Mittelmeer ist das größte Massengrab Europas der Gegenwart .

Es wurde ersichtlich, dass das Sterben an den südlichen Rändern Europas auch eine Folge der technisch hochgerüsteten und militarisierten Grenzsicherung gegen die unerwünschte Migration ist. Damit trägt Europa zumindest Mitverantwortung für die unzähligen Toten.

Die Aktion endete schließlich in einem Debakel: Kriminalisiert wurden die Retter. Die geretteten Flüchtlinge wurden umgehend in italienische Aufnahmelager interniert und letztlich binnen Wochen nach Afrika deportiert.

Der deutsche Innenminister, unterstützt von seinem italienischen Amtskollegen, nutzte die Gunst der Stunde, Auffanglager in den nordafrikanischen Anrainerstaaten zu fordern. Um der menschlichen Tragödie im Mittelmeer begegnen zu können, müsse Flüchtlingen Gelegenheit gegeben werden, bereits in nordafrikanischen "Auffangzentren" ihre Schutzgesuche zu stellen. Diese sollten von EU-Beamten oder dem UNHCR entgegengenommen und geprüft werden.

Der deutsche Innenminister trug seine Lagervisionen in verschiedenen Varianten vor. Inzwischen hat das dt. Innenministerium in einem siebenseitigen Papier die Überlegungen Schilys zu den EU-Aufnahmeeinrichtungen in Nordafrika konkretisiert: Demnach sollen in diesen Auffanglagern auf dem afrikanischen Kontinent erstens Flüchtlinge, die auf hoher See aufgegriffen werden, verbracht werden. Dort soll ihre Schutzbedürftigkeit überprüft werden: zwar nicht als förmliches Asylverfahren, sondern lediglich als screening (Überprüfung). Von diesem humanitären Angebot könnten zweitens auch Flüchtlinge gebrauch machen, die das Risiko der gefährlichen Überfahrt scheuten. Schutzbedürftige könnten in heimatnahen sicheren Regionen verbracht, oder von einem Mitgliedstaat aufgenommen werden. Der

“Rest”, die nicht “schutzwürdigen” Flüchtlingen, die nicht von der Flüchtlingskonvention erfasst werden, sollen unverzüglich zurückgeschoben werden. Schily unterstreicht, dass die Auffanglager der EU in Nordafrika nur “ein zusätzliches Element in einer umfassenden Strategie zur Bewältigung der komplexen Problematik gemischter Migrationsströme” sei. Seine Überlegungen ergänzten das von der EU gebilligte “Programm zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung an den Seegrenzen von 2002” und den “Gesamtplan zur Bekämpfung illegaler Einwanderung und des Menschenhandels von 2003”. Diese Daten beziehen sich auf die EU-Gipfel gegen die Illegale Migration in Thessaloniki und Sevilla, auf denen diese Programme verabschiedet wurden.

Es sei angemerkt, dass die martialischen Titel (und Inhalte) dieser Programme illegale, oder besser irreguläre Immigrantinn/en zu Feinden erklären, sie zu gesellschaftlichen Feinden stempeln, die, wie Terrorismus und Menschenhandel, bekämpft (!) werden müssten. Lässt sich diese Feindkonstruktion noch mit einer demokratischen, menschenrechtsorientierten Verfasstheit eines europäischen Gemeinwesens in Einklang bringen? Oder zeichnen sich nicht, ähnlich wie in der bundesdeutschen Debatte um das Feindstrafrecht, Konturen eines antidemokratischen Ausnahmezustandes in der “Bekämpfung illegaler Einwanderung” ab?

Zurück zur Entwicklung der Lager an den Mittelmeergrenzen. Schily fand mit seinem Vorschlag Gehör, Zustimmung aber auch Ablehnung in der europolitischen Klasse. Der humanitäre Gestus, mit der die exterritorialen Lagerpläne offeriert wurden, konnte die strategischen EU-Interessen hingegen kaum kaschieren: Die nordafrikanischen Staaten sollten stärker in den europäischen Abwehrriegel eingeflochten werden. Das europäische Grenzregime sollte auf den Maghreb ausgedehnt werden: und zwar in Form von Außenlagern, exportierten Kontroll- und Überwachungstechniken sowie durch Verbindungsbeamte. Das lautet wohlklingend, die Schutzstandards auf die außereuropäischen Regionen ausdehnen.

Eine Lagerinfrastruktur entsteht:

Die Entwicklung im europäischen Abwehrkampf gegen die transnationale Migration an Europas Südgrenze ist seit der “Cap Anamur-Affäre” mit rasantem Tempo vorangetrieben worden. In der Öffentlichkeit wurde diese Entwicklung nur bruchstückhaft wahrgenommen.

Ich fasse deshalb einige wenige Ereignisse und die im zurückliegenden Jahr politisch von der EU auf den Weg gebrachten Entscheidungen kurz zusammen. Ich möchte damit deutlich machen: auch wenn die öffentliche Diskussion um exterritoriale EU-Lager zwischenzeitlich verstummt war, eine verborgene Lagerinfrastruktur besteht bereits. Diese Lagerstruktur wird teils aus Europa finanziert, gefördert, politisch geduldet und - vor allem – praktisch genutzt.

Im April 2005 verurteilte das EU-Parlament mehrheitlich die menschenrechtswidrigen Massendeportationen von der italienischen Insel Lampedusa nach Libyen. Die italienischen Behörden hatten auf Grundlage eines bilateralen “Antimigrationsabkommens” mit Libyen Hunderte von Flüchtlingen, die auf Lampedusa gestrandet waren, im Oktober 2004 und im März 2005 ohne Überprüfung ihrer Fluchtgründe mit Militärmaschinen umgehend wieder nach Libyen deportiert.

Dort seien diese, so das EU-Parlament, vor willkürlichen Festnahmen, Internierungen und Abschiebungen jedoch nicht sicher. Der italienische Journalist Fabrizio Gatti berichtete im März 2005 erstmals über die Internierungen im libyschen Wüstenlager Gatrún und über das Sterben von über Hundert aus Libyen abgeschobenen Flüchtlingen, die in der Wüste ausgesetzt worden waren. Unter diesen Toten sollen sich auch Migrantinn/en befunden haben, die zuvor von den italienischen Behörden nach Libyen zurückgeschoben worden waren.

Das italienische Auffang- und Abschiebelager auf der Insel Lampedusa soll in Kürze erweitert und von drei neuen Lagern in Süditalien mit einer Aufnahmekapazität von 1.000 Flüchtlingen ergänzt werden. Ähnliche Lager sind in den letzten Jahren auch auf den kanarischen Inseln mit einer Aufnahmekapazität von etwa 2.000 Flüchtlingen errichtet worden (siehe oben). Human Rights Watch hat vor wenigen Jahren die Totalisolierung der Flüchtlinge in diesen spanischen Internierungslagern massiv kritisiert. In der Grenzregion des Mittelmeeres ist und wird ein Kranz von Auffanglagern auf europäischem Boden geflochten.

Zur gleichen Zeit wie das EU-Parlament tagte der EU-Rat Justiz und Inneres in Brüssel. Er beriet über eine engere Kooperation mit Libyen bei der Bekämpfung der "illegalen Migration" nach Europa. Im "Haager Programm zur Stärkung von Freiheit, Sicherheit und Recht in der EU", mit dem der Bereich Asyl und Migration für die nächste Jahre strategisch konzipiert wird, erhält die Zusammenarbeit mit den Transitstaaten der Migration erhöhte Priorität. Sie werden zu Frontstaaten erklärt. Darüber hinaus wird die entwicklungspolitische Zusammenarbeit stärker mit den Erfordernissen der Bekämpfung illegaler Migration verknüpft. Das Wohlerhalten afrikanischer Staaten bei der Abwehr von Migrationsbewegungen wird zunehmend mit der Drohung erpresst, ansonsten erforderliche Hilfsmaßnahmen zurückzustellen.

Seit dieser Ratssitzung steht Libyen im Zentrum des EU-Interesses, um die Migrationsbewegungen schon weit vor der Europäischen Union abzufangen und lagerverbracht zu kontrollieren.

Auf dieser bereits erwähnten Sitzung des EU-Rates wurde der bis dahin unveröffentlichte Report der ersten "Technical Mission to Libya on illegal immigration (vom 27. Nov. – 6. Dec. 2004)" vorgestellt. Eine EU-Delegation, bestehend aus Verwaltungs-, Migrations- und Polizeibeamten, hatte mehrere Lager und Haftzentren in Libyen besichtigt und mit internierten Migrantinn/en Gespräche geführt. Im Anhang des Berichts wird detailliert auf die Kooperation zwischen Italien und Libyen eingegangen. Demnach hat die italienische Regierung im Rahmen eines gemeinsamen "Antimigrationsabkommens" Grenzüberwachungstechnologie und Ausstattungen für "Flüchtlingsquartiere" geliefert und im Norden Libyens im Jahr 2003 die Errichtung eines Internierungslagers finanziert.

Die italienische Regierung beabsichtigt, für zwei weitere Abschiebelager die Finanzierung bereitzustellen. Desgleichen kam sie bislang für etwa 60 Abschiebeflüge von Libyen in Staaten Afrikas und Asiens auf. Den Tod vieler MigrantInnen bei der Kooperation wohl einkalkulierend, lieferte Italien gleich 1.000 Leichensäcke mit.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte unterbindet am 12. Mai 2005 kurzzeitig die

Lagerabschiebungsrouten von Lampedusa nach Libyen. Doch die Abschiebungen von Italien und Malta aus nach Libyen gehen ungehindert weiter, wie ai im Dezember 2005 kritisierte. Die Libysche Regierung läßt die Abgeschobenen internieren und deportiert sie in die Herkunftsregionen – oftmals auch auf dem Weg durch die Wüste.

Am 1. September 2005 gibt die EU-Kommission in einem Richtlinienentwurf dem EU-Parlament zur Kenntnis, dass sie die Rückführungen illegaler und unerwünschter Migrantinnen harmonisieren und beschleunigen will. Die "freiwillige Rückkehr" solle, so heißt es in dem Entwurf, Priorität vor Zwangsmaßnahmen erhalten. Zugleich wird der Start regionaler Schutzprogramme bekannt gegeben (regional protection programmes), die den betreffenden Ländern helfen sollen, ihre Schutzkapazitäten auszubauen: Gefördert werden Infrastruktur, subsidiärer Schutz, Asylüberprüfung, Dokumentation und Registrierung von Flüchtlingen. Infrastruktur kann in diesem Fall vieles bedeuten: Vom Überwachungshelikopter bis zum Flüchtlingslager.

Dieser Kommissionsvorschlag, so der ehemalige Innenminister Schily, entspreche in Inhalt und Zielsetzung weitgehend seinen Anregungen. Er sei erfreut, dass sich in dieser für die Bekämpfung illegaler Migration wichtigen Frage in der EU ein breiter Konsens abzeichne. Laut Frankfurter Rundschau vom 14.1.2006 lobte der UN-Flüchtlingskommissar Antonio Guterres die Absicht der EU, Schutzzentren einzurichten. Die EU solle solche Zentren auch in Nordafrika fördern. Der UNHCR hat gleich verstanden, dass es sich bei solchen Schutzzonen um "Zentren" handelt, sprich, Lager.

Das erste Pilotprojekt soll in den östlichen "new independent states" umgesetzt werden: Ukraine, Moldawien und Weißrussland, in denen viele irreguläre Immigrantinnen auf dem Weg nach Europa stranden. Zugleich will die EU-Kommission anfangen, mit jenen Herkunftsstaaten in einen Dialog zu treten, aus denen viele Menschen emigrieren, um vorrangige geographische Regionen ausfindig machen zu können, in denen weitere Schutzprogramme etabliert werden könnten. Dazu gehöre die Subsahara-Region und Nordafrika. Der Aufbau solcher Schutzprogramme soll in den Ländern mit der Bereitschaft gekoppelt werden, Rücknahmeabkommen abzuschließen. Inzwischen wird ein zweites Pilotprojekt in Tansania vorbereitet, einem Land, in dem der UNHCR aktuell die Lebensmittelrationen für 400.000 Flüchtlinge reduzieren muss, da ihm nötige Finanzmittel fehlen (Pro Asyl). Diese zweite Schutzzone entsteht in einer äußerst krisenhaften Region, in der bereits viele Migrantinn/en in Lager konzentriert leben müssen. Die Bundesregierung unterstützt seit dem Jahr 2001 die Regierung in Tansania logistisch bei Rückführung von Flüchtlingen nach Burundi und Ruanda.

Soweit die Entwicklungen: Es bestehen keine Zweifel, eine Lagerinfrastruktur entsteht in Nordafrika, die in zwischenstaatlichen Abkommen modellhaft und wegberaubend vorweggenommen wird (Lager in Libyen, Mauretanien, Haftzentren in Tunesien, Grenzbefestigung in Marokko ...). Nicht umsonst hat der ehemalige italienische Ministerpräsident Berlusconi die Zusammenarbeit mit Libyen bei der Bekämpfung der "illegalen Einwanderung" als ein "Modell für Europa" bezeichnet.

Bereits heute wird, wie die Erfahrungen der Deportierten von Lampedusa zeigen, bei Massenabschiebungen auf einen bestehenden, zum größten Teil versteckten Lager- und Internierungskomplex zurückgegriffen, in denen viele der Deportierten verschwinden.

Migrantinn/en, die in die Maghrebstaaten zurück- oder abgeschoben werden, landen zumeist erneut in Internierungs- oder Abschiebelagern. Sie sind verdammt ein Leben von Lager zu Lager zu fristen.

Das bestätigt u.a. eine Untersuchung des italienischen Politologen Paolo Cuttitta für Tunesien: "In Tunesien gibt es inzwischen dreizehn mit italienischem Geld finanzierte Abschiebehafteinrichtungen. Eine davon befindet sich in der Nähe von Tunis, eine in der Nähe von Gabès. Die anderen liegen an geheimen Orten. Niemand außer Regierung und Polizei weiß, wo. Keiner soll erfahren, was mit den Flüchtlingen passiert, die aus Italien nach Tunesien zurückgeschoben oder schon vor der Überfahrt von der tunesischen Polizei aufgegriffen werden. (...) Laut inoffiziellen Informationsquellen werden viele Migrantinn/en von den italienisch-tunesischen Abschiebelagern einfach an die Südgrenze zu Algerien begleitet und dort in der Wüste abgesetzt." (vgl. Paolo Cuttitta, Das diskrete Sterben, in: FR vom 14. August 2004).

Das ist den politischen Entscheidungsgremien der EU nicht unbekannt. Dennoch wird diese Praxis weiterverfolgt u.a. mit der strategischen Absicht, möglichst viele Transitstaaten langfristig in "geeignete Aufnahmestaaten" umzuwandeln und möglichst UNHCR-kompatibel zu machen.

Durch die Ereignisse von Ceuta und Melilla hat die Debatte um exterritoriale Lager der EU neuen Schwung erhalten. Schließlich, so die EU-Kommission, müsse man sich vor einem ungeheueren Migrantinn/enansturm wappnen. Ein EU geförderte Studie gibt an, dass bis zu 30.000 illegale Armutsmigranten in Algerien und Marokko lebten, die nur darauf warteten, den Sprung nach Europa zu wagen. Verstärkt beteiligt sich auch die algerische Regierung am Kampf gegen die illegale Migration: Anfang Dezember 2005 zerstörte sie ein improvisiertes Lager von Migrantinn/en in der Nähe von Maghnia, das 30 Km vor der marokkanischen Grenze liegt. Damit hat sie die wichtige Transitroute Maghnia – Oujda, auf der viele Migrantinn/en nach Ceuta und Melilla gelangten, kurzfristig unterbrochen.

Das europäische Migrationsregime greift auf die Maghreb-Staaten über. Mittels bilateraler Abkommen wird Schritt für Schritt der Abschiebelagergürtel auf europäischem Boden um einen in Nordafrika ergänzt. Für die politisch gewollten Massenabschiebungen illegal über das Mittelmeer eingereiste Immigrantinn/en wird in den angrenzenden nordafrikanischen Ländern eine Gegeninfrastruktur aus Auffanglagern, Haftzentren und Kontrollinstitutionen geschaffen.

Anmerkung: In diese angestrebte transnationale Lagerinfrastruktur gliedert sich das Modellprojekt des Rückführungs- und Abschiebelagers in Bramsche-Hesepe, in dem die freiwillige Rückkehr repressiv betrieben wird, nahtlos ein.

## **C**

### **Die "Weltüberflüssigen" – eine soziale Front der Globalisierung**

In dem europäischen Versuch, die transnationale Migration nach Europa zu unterbinden, festzusetzen und in die weltweiten Elendszonen zurückzuschieben, markieren die Lager an den Mittelmeerrändern entscheidende Knotenpunkte der Migrationskontrolle.

Die Lager, Internierungs- und Haftzentren bilden ein unerlässliches Element, um Menschen gewaltsam von Europa fernzuhalten oder wieder aus Europa herauszuschaffen. Das war die Intention der britischen Pläne der "new vision of refugees" von allem Anfang an, die sich erst in einem längeren, mehrjährigen Aushandlungsprozeß praktisch umsetzen lassen.

Auf der anderen Seite des Mittelmeeres setzt sich die Logik der Lagergewalt fort. Sie steigert sich bis ins "Sterben lassen in der Wüste". Die "Bekämpfung der illegalen Migration" wird zum Schwerpunkt der Europäischen Migrationspolitik erhoben.

Die EU-koordinierte Bekämpfung der "illegalen" Migrationsbewegungen muss meiner Ansicht nach in einem weiteren politischen Kontext und Zeithorizont verortet werden, den ich nur skizzieren kann:

Dazu drei Analyseelemente

### **1. Die neue Europäische Sicherheitsdoktrin:**

In der europäischen, von Solana entworfenen Sicherheitsdoktrin, die der EU-Rat am 12. Dezember 2003 verabschiedete (A secure Europe in a better world), wurde die Definition von "Sicherheit" entgrenzt und auf die europäischen Nachbarregionen ausgedehnt, die geopolitisch als europäischer Sicherheitsgürtel definiert werden.

Sicherheitspolitik wird dabei verstanden als, notfalls gewaltsame, Durchsetzung kapitalistischer Ordnungsvorstellungen in Wirtschaft und Politik (Marktöffnung / good governance).

Nordafrika bildet dabei in den unterschiedlichen strategischen Überlegungen eine der zentralen sicherheitsrelevanten Regionen, in denen gegebenenfalls auch präemptiv militärisch interveniert werden soll. Zu diesem Interventionskonzept gehören die so genannten europäischen battle groups.

In dieser Europäischen Sicherheitsdoktrin werden Flucht- und Wanderungsbewegungen nach Europa sowie "Bevölkerungsverschiebungen" infolge regionaler Konflikte als wesentliche Bedrohungsfaktoren wahrgenommen und festgeschrieben. So erklärte der bereits zitierte ehemalige deutsche Verteidigungsminister Struck am 9. November 2004 in Berlin: "Die geographischen und materiellen Grenzen des europäischen sicherheitspolitischen Engagements müssen ... bestimmt werden – in Europa, in Afrika und darüber hinaus. ... Zu diesen (europäischen) Interessen gehören der Schutz gegen internationalen Terrorismus oder die Begrenzung der Auswirkungen destabilisierender Konflikte in der europäischen Nachbarschaft. Dazu gehören auch der Schutz vor illegaler Migration und organisierter Kriminalität oder der Schutz der Energie- und Rohstoffversorgung. Dies sind legitime gemeinsame Interessen, die gemeinsames internationales Handeln der europäischen Staaten erfordern können."

Diese Bedrohungsanalyse, in der die unkontrollierte, die unerwünschte Armutsmigration im Spektrum der "organisierten Kriminalität" und der "gefährlichen, arabischen Massen, die für Terrorismus anfällig sind," wahrgenommen wird, teilt inzwischen die gesamte europäische

politische Elite. Dafür liefern die europäischen Sicherheits-think-tanks jede Menge Belege (s. u.a. "European Defence Paper"). Über die Migrationsrouten könne der Terrorismus in die europäischen Metropolen einsickern, lautet eine der Argumentationsfiguren.

Auch die europäische "Kongo-Mission" wird vom neuen dt. Verteidigungsminister damit begründet und gerechtfertigt, sie diene der Flüchtlingsabwehr und der Rohstoffsicherung. (Ähnlich Kerstin Müller, ehemalige Staatsministerin im AA und außenpolitische Sprecherin der Grünen: "Wenn wir also verhindern wollen, dass Afrika Terrorismus, organisierte Kriminalität und Flüchtlingsströme nach Europa exportiert, dann muss sich die Eu an der Befriedigung afrikanischer Krisen aktiv beteiligen – schon aus ureigenem Sicherheitsinteresse." taz, 17. März 2006).

## **2. Europäische Freihandelsexpansion:**

Im Kontext der "Bekämpfung der illegalen Migration" muss die ökonomische Freihandelsexpansion Europas nach Süden bedacht werden.

Sehen wir von den geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen an Öl und Gas, bzw. an den Transportkorridoren, und von den allgemeinen Marktzugängen einmal ab. Dass vor allem Nordafrika zum "sicherheitsrelevanten Faktor" europäischer Politik wird, hängt m.E. mit den folgenden, ernstzunehmenden Szenarien ab:

Wenn die Prognosen der UN stimmen, schreitet die weltweite Verwüstung stetig voran, so dass bis zum Jahr 2025 2/3 des bebauten Ackerlandes in Afrika verschwunden sein werden. Weltweit werden laut UN dann 135 Millionen Menschen nach neuen Lebensgrundlagen suchen. Erst kürzlich haben die UN ein erschreckendes Szenario mit Hunderten von Millionen Umweltflüchtlingen in den kommenden Jahrzehnten entwickelt.

Samir Amin, Direktor des Dritte Welt Forums in Dakar, beschreibt in einem kürzlich erschienenen Artikel, wie sich Landwirtschaft und Besitzverhältnisse auf dem Land global veränderten, setzten sich die Entwicklungskonzepte der WTO in der Landwirtschaft durch: Etwa 3 Milliarden Menschen, rund die Hälfte der Weltbevölkerung, würden ihre Lebensgrundlagen durch die Kapitalisierung der Landwirtschaft verlieren. Die strategische Kontrolle über diesen Inwertsetzungsprozess bliebe in den kapitalistischen Metropolen. Aber genau diese Politik wird von Europa gegenüber den Maghrebstaaten betrieben, wenn in ein paar Jahren, institutionalisiert über den Barcelona-Prozess, eine Freihandelszone entstehen soll. Samir Amin bezeichnet diese Durchkapitalisierung der Landwirtschaft als "kapitalistisches Genozid". In China, Indien, Brasilien habe dieser längst schon begonnen.

Die seit Dezember 2005 gültige Europäische Afrikastrategie setzt im wesentlichen auf eine kapitalistisch neoliberal getrimmte Integration der Afrikanischen Ökonomien in den Weltmarkt (bislang 2% des Welthandels), die mir dazu geeignet erscheint, die Armen abzuschaffen und nicht die Armut. Die Desintegration afrikanischer Regionen in den Weltmarkt macht dieselben erst zu sicherheitsrelevanten Zonen, in die die EU militärisch und kapitalstrategisch intervenieren müsse.

Die europäische Politik setzt in ihrer Sicherheitsdoktrin auf die Verfestigung der destabilisierenden und gewaltproduzierenden überkommenen Weltordnung und ihrer finanz-

und handelspolitischen Institutionen (Weltbank, WTO und IWF). Diese globale Ungleichheitsordnung wird durch ein gewaltbereites Interventionsszenario flankiert, das die aus der neoliberalen Globalisierung erwachsenden Konflikte (exemplarisch: der zunehmende Migrationsdruck auf die Wohlstandszonen) eindämmen und pazifizieren soll.

Deshalb sollen Flüchtlinge möglichst früh abgefangen und in Schutzzonen und Lagern interniert werden. Die europäischen Sicherheitsstrategen hoffen, dass ein internationales Lagersystem und regionale Schutzzonen dazu beitragen können, dass die Verliererinnen und Überflüssigen der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung Europa nicht erreichen. Denn perspektivisch wird der Druck der trikontinentalen Massenarmut auf die europäischen Wohlstandszentren anwachsen. Ebenso ihre Erwartungen auf ein besseres Leben (eine andere Welt ist möglich), die in Massenmigration und Unruhen Gestalt annehmen werden.

### **3. Der langandauernde Krieg gegen den Terror:**

Dass inzwischen der globale "Krieg gegen den Terrorismus", mit dem europäischen "Kampf gegen die illegale Migration" militärpraktisch und rechtfertigungsöffentlich Hand in Hand geht, braucht deshalb nicht zu verwundern.

Können wir doch den Kampf gegen die illegale Migration als Krieg gegen die Massenarmut aus den drei Kontinenten entschlüsseln, die in der transnationalen Migration ihrem Elend und Sterben zu entrinnen sucht. In den weltweiten Migrationbewegungen werden die uneingelösten bürgerlichen Menschenrechtsversprechen von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit transportiert. Die Träger dieser Menschenrechtsversprechen sind für die europäischen Demokratien gefährliche Massen und extremistische Klassen, die die globale, gewaltsam aufrechterhaltene Ungleichheitsordnung zu unterwandern drohen.

Meine These lautet: Der aktuell massierte Aufmarsch der EU an den Mittelmeergrenzen richtet sich gegen die Aspirationen der Weltarmut, denn nur diese ist gezwungen die todbringende Route über das Mittelmeer einzuschlagen, an dem sich die globalen Zonen des Todes und des Wohlstands urlaubsparadiesisch und flüchtlingseelig überlappen. Er richtet sich gegen das Eindringen der Peripherie in die Zentren der bürgerlichen Wohlständigkeit. Denn diese Migrantinn/en, die aus der Sicht Europas als die Weltüberflüssigen betrachtet werden, sind die lebendige Antithese zum gegenwärtigen Kapitalismus, der alle nicht globalisierungskompatiblen Existenzweisen gewaltsam zu unterwerfen oder zu vernichten sucht.

Die "Wiederkehr der Lager" ist ein Symptom für die Schärfe des Konflikts zwischen den migrierenden Weltarmen und dem expansiv wohlstandsverteidigenden Europa. Sie markiert eine der sozialen Fronten der Globalisierung. Die "Wiederkehr der Lager" signalisiert die Bereitschaft der europäischen Demokratien, die Weltüberflüssigen auszusondern. Lager sind immer jenseits der Menschenrechte angesiedelt. Sie sind Instrumente der Menschenverwaltung und Menschenunterwerfung. Ihrer Funktionslogik inhärent ist das Abdriften in die bodenlose Rechtlosigkeit.

Der spanische Philosoph Santiago Alba Rico notierte zu den Ereignissen in Marokko: "Die Schläge und Beleidigungen, die die Schwarzafrikaner in Melilla über sich haben ergehen lassen müssen, sind radikaler und furchterregender als Rassismus. Sie sind Ausdrucksform

einer kriegerischen und möglicherweise mörderischen anti-humanistischen Bewegung.“

Der schweizer Soziologe und Sonderberichterstatter der UNO-Menschenrechtskommission für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler, antwortete auf die Frage, was die EU zur Lösung der Flüchtlingskrise tun sollte?

“2004 haben die Industriestaaten ihren Bauern 349 Milliarden Dollar Produktions- und Exportsubventionen bezahlt ... fast eine Milliarde Dollar pro Tag! Auf dem Markt in der senegalesischen Hauptstadt Dakar kann man europäisches Obst und Gemüse zu einem Drittel des Preises der einheimischen Früchte und des Gemüses kaufen. Die europäische Dumpingpolitik verwüstet die afrikanischen Agrarwirtschaften. Die EU sollte ihre riesigen Agrarsubventionen abschaffen, die Importschranken für Waren und Güter aus afrikanischen Ländern senken und die Schulden der Entwicklungsländer streichen. Die Menschen müssen in ihren Ländern ein Auskommen in Würde finden – aber nicht durch Almosen. Während die Industrieländer 2003 der Dritten Welt staatliche Entwicklungshilfe im Umfang von 54 Milliarden Dollar gewährten, mussten die gleichen Länder 436 Milliarden Dollar als Schuldendienst überweisen. Es kommt also nicht so sehr darauf an, den Menschen der Dritten Welt mehr zu geben, sondern ihnen weniger zu stehlen.“

Ob die europäischen Eliten eines Tages so einsichtig sein und den naheliegenden Erfordernissen entsprechen werden? Es liegt wohl auch an uns.

“Das es ‚so weiter‘ geht, ist die Katastrophe.“ (W. Benjamin)

(Geringfügig redigierte Fassung des Vortragsmanuskripts zur Veranstaltung “Krieg gegen die trikontinentale Massenarmut – Migration, Flucht und die Rückkehr der Lager.“ vom 5. Mai. 2006 in Berlin)